

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • • • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Rosinenstraße 4. • • • • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • • • • •

Immer trebe zum Ganzen und laß dich nie von dem Ganzen trennen  
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Preistabelle für Geschäftskunde 100 Mark, im Arbeitsmarkt 60 Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

## Die feinteramische Industrie ohne Lohnabtarifvertrag. Kampfansage — Lohnabbau?

Am 15. März ging den Zahlstellen unseres Verbandes Schreiben zu, worin mitgeteilt wurde, daß die Lohnverhandlungen vom 13. bis 14. März in Dresden ergebnislos verlaufen. Damit ist für die Lohnverhältnisse der feinteramischen Industrie ein tarifloser Zustand getreten in einer Zeit, in der allgemein die Auffassung herrscht, daß schwere wirtschaftliche Erschütterungen vorstehen. Allein schon das Unsichere gegenüber dem Überigen flotten Geschäftsgange veranlaßt die Unternehmer zu Angstmaßnahmen, die bei dem noch immerhin inehntbaren Ausgang der Leipziger Messe und noch vorliegenden Bestellungen keine Berechtigung haben. Jedenfalls trugen auch die Bedenken vor der unsicheren Zukunft zu, die Lohnverhandlungen in Dresden einfach abbrechen zu lassen, trotzdem die Papiermarklöhne der Porzellan- und Steingutindustrie in der Preisbildung der Produkte nur eine untergeordnete Bedeutung haben. Die Industriellen können das Verlangen ohne Schädigung erfüllen, aber sie dürfen das nicht, sie müssen ihrer Klasse die Treue halten, wie indertret bei den Verhandlungen geltend wurde. Sie wissen nämlich ebensogut wie die Arbeiter selbst, daß die Löhne im Gegensatz zu den Aufwendungen für die Lebenshaltung viel zu niedrig sind, daß dadurch die Arbeitsfähigkeit und -freudigkeit sinken müssen. Es ist ihnen auch nicht unbekannt, daß in der Woche vom 5. bis 11. März laut amtlichen Indexziffern den Lohnunterhalt eines Ehepaars mit 2 Kindern 822 Mt. notwendig wären — früher reichte dazu Durchschnittslohn eines Zeitlohnarbeiters — weil Erzeugnisse von Krankenkassenbeiträgen, Post- und Bahnreisen, Fahrgebern sich auswirkten und die anderen Löhne sich nicht senkten. Die Lebenshaltungskosten sind damit betrugen in der angegebenen Woche das 4846fache von früher. Die Mark hatte einen Wert von 2 Pfennig. Wenn also ein Arbeiter oder eine Arbeiterin 20 Mt. Friedenslohn verdienen wollte, mit dem auch schon 1913 und 1914 eine Familie, bestehend aus 4 Mitgliedern, schlecht leben konnte, müßten sie gewöhnlich ein Wochenlohn von wenigstens 10000 Papiermark haben. Diesen Wochenlohn haben nicht einmal die fleißigsten Akkordarbeiter, die ehemals 60 Mark verdienen, geschweige denn die Zeitlöhner, die ihn haben müßten. Die Arbeiterschaft der feinteramischen Industrie hat also alle Ursache, das zum Leben notwendige zu verlangen und ihre Vertreter zu beauftragen, dementsprechende Forderungen zu stellen. Die Anforderungen des Lebens gebieten das. Dann kommt noch hinzu, daß eine Erhöhung der Löhne den verweigerten Unternehmer bei ihrem Profit voll und ganz in Anspruch nehmen, was sie ihrer Arbeiterschaft verweigern.

Wie die Unternehmer denken und welches ungenügende Gegenkommen sie gezeigt haben, mag aus dem folgenden Bericht über die Verhandlungen in Dresden zu sehen sein.

Der Vorstand hatte den seit 12. Februar geltenden Tarifvertrag der feinteramischen Industrie zum Ablauf am 1. März gekündigt. Demzufolge fanden Verhandlungen zwischen Vertragsparteien statt, die am 13. März in Dresden beendeten und am 14. März resultatlos ihren Abschluß fanden.

Unsere Verhandlungskommission bestand aus den Kollegen Hermann, Karl und Apel vom Vorstand, Uhlmann-Dresden, Hermann-Potsdam und den Vertretern der anderen, am Vertrag beteiligten Organisationen.

Folgende Forderungen wurden den Unternehmern überreicht:

1. Die Effektivverdienste aller Arbeiter und Arbeiterinnen aller Alters- und Ortsklassen erhöhen sich ab 12. März 1923 um 25 Proz.
2. Das Heft- und Ueberrnachtungsgeld für Putzler erhöht sich im gleichen Maße.
3. Die Befähigungszulage ist mit Wirkung ab 29. Januar 1923 sofort neu zu regeln.

Durch die voreilig und einseitig herausgegebene Parole der Regierung, mit dem Lohnabbau haltzumachen, war schon Beginn der Verhandlungen eine für uns ungünstige Lage gegeben. Alle Arbeitgeberverbände haben freudig die, wahrlich von ihnen selbst verlangte, Parole aufgegriffen und rufen sie in die Tat umzusetzen. Alle Lohnverhandlungen der letzten Wochen hatten unter diesem ungünstigen Umstand zu dem und die resultatlos verlaufenen Lohnverhandlungen sind darauf zurückzuführen. Wenn die Regierung konsequent nicht einseitig handeln würde, so hätte sie auch die Unternehmer veranlassen müssen, mit den Preisen abzubauen. Unsere Vertreter konnten mit gutem Recht behaupten, daß keinerlei Rückschlüsse der Preise in der Lebenshaltung zu verzeichnen seien. Von einigen Waren wird ein Rückgang der Großhandelspreise

gemeldet, dieses hat sich in den Kleinhandelspreisen noch gar nicht ausgewirkt, und auf der anderen Seite gibt es Waren, die im Preise gestiegen sind, so daß sich dieses aushebt. Die Unternehmerseite behauptet, es seien erhebliche Preisabschläge zu verzeichnen; Schuhe seien um die Hälfte im Preise gesunken und in den nächsten Wochen sei mit noch größerer Senkung zu rechnen. In Waldburg a. B. sei festgestellt, daß die Lebensmittelpreise in der vergangenen Woche um 4,9 Proz. gesunken seien. Die Lohnverhandlungen, die im Februar gegeben wurden, seien zu hoch gewesen, so daß sie jetzt noch ausreichend seien. Die Stützungsaktion der Mark hätte den Erfolg schon gezeigt.

Der Lohnstand der Industrie gehe über das Maß des Üblichen hinaus. Die Industriellen der Porzellanindustrie müßten sich an dem Ort, an dem noch andere Industrien anständig seien, wegen der hohen Löhne ihrer Industrie genieren. In Thüringen hätte unser zuletzt getätigtes Lohnabkommen zu außerordentlichen Lohnverhöhungen in anderen Industrien die Veranlassung gegeben. Unsere Löhne ständen in Thüringen, in Bayern und in Niederschlesien an der Spitze aller Industrien. Die Effektivverdienste in unserer gesamten Industrie lägen im ersten Drittel der Verdienste aller Industrien. Die reinen Tariflöhne lägen in der oberen Hälfte.

Die wirtschaftliche Lage der Betriebe sei schlecht, für das Rhein- und Ruhrgebiet gäbe es keine Abnahmmöglichkeit, ebenso nicht für Frankreich und Belgien. In der elektrotechnischen Industrie sei schon in einigen Werken Kurzarbeit eingeführt worden und in anderen sei sie angeordnet. Eines der bedeutendsten Werke müsse nächstens schließen.

Lohnaufbesserungen könnten nicht mehr gegeben werden, im Gegenteil, man müsse jetzt eine Korrektur der Löhne der Frauen und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vornehmen. Deren Löhne seien zu hoch. In den Betrieben der Porzellanindustrie vertrieben die Frauen und Mädchen mehr als in anderen Industrien die Männer. Damit die Industrie tragfähig bleibe, müsse das Lohnabkommen bis Ende März weiter laufen, währenddessen wolle man die Entwicklung ansehen und abwarten.

Von den Unternehmern wurden also leugliche Angelegenheiten verweigert.

Wir weigerten uns, das alte Lohnabkommen zu verlängern. In dieser Situation schlugen die Unternehmer ein Schiedsgericht vor, zusammengesetzt aus einem unparteiischen Vorsitzenden, zwei Vertretern der Arbeitgeber und zwei Vertretern der Arbeitnehmer. Wir nahmen den Vorschlag an und das Schiedsgericht wurde wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzender: Reg.-Rat Brand; Arbeitgeberbeisitzer: Dr. Cronne, Dr. Hock; Arbeitnehmerbeisitzer: Albin Karl, Lurito Apel. Auch die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht verliefen resultatlos und dieses lag nach unserem Dafürhalten zum Teil an dem Verhalten des unparteiischen Vorsitzenden. Brand vertrat die Anschauung und sprach viele Male aus, daß er nur einen Spruch fällen würde, für den mindestens drei Beisitzer stimmten. Allein den Vorschlag durch seine Stimme zu geben, lehnte er ab.

Vor dem Schiedsgericht stellten die Unternehmer der Antrag, eine Revision der Löhne der Frauen und Jugendlichen vorzunehmen.

Demgegenüber erklärte unser Delegationsführer Wollmann, wenn uns dieses vorher bekannt geworden wäre, hätten wir uns einem Schiedsgericht nicht gestellt.

Damit waren die Verhandlungen auf dem toten Punkt angelangt.

So liegen nun die Dinge infolge des schroff ablehnenden Verhaltens der Unternehmer. In anderen Industrien wird auch den Arbeitern nichts geschenkt, sie haben aber immerhin ihrer verlangenden Arbeiterschaft etwas gegeben, so die Metallindustrie für die Zeit vom 4. bis 31. März 15 Proz., die Zigarrenindustrie auf die Ende Februarlöhne 31 bis 35 Proz., die Holzindustrie 22 bis 38 Proz., im Zeitungsgewerbe 25 Proz. Außerdem bekamen in der ersten vollen Märzwoche Lohnverhöhungen die Bauanschläger, die Transportarbeiter im grabhischen Gewerbe u. a. Die feinteramische Industrie, die nebst der Landwirtschaft die einzige Säule bildet, die den vollständigen Zusammenbruch verhütet hat, tut, als ob sie die ungenügenden Papiermarklöhne nicht mehr aufbessern könnte. Das ist gewöhnlich der Lohn für die während der Prosperitätsperiode übermäßig schuftende Arbeiterschaft, die ihre Leistungsfähigkeit während der Zeit des Nachstundentages auf Kosten der Gesundheit aufs Höchstmögliche gesteigert hat.

In dieser Lage es noch zu wagen, eine Lohnreduzierung für Frauen und Jugendliche zu verlangen, ist der Gipfel der Unternehmerrückständigkeit und -absicht. Sie, die ohnehin schon billiger arbeiten müssen, an denen der Unternehmer schon mehr Profit aus der Arbeit hat, sollen nun noch extra dafür bestraft werden. Die Reiche des bevorstehenden Hungers soll zu ihrer Einschüchterung drohend über ihnen geschwungen werden. So gebietet der Herrscherville der sich allmächtig dünkenden Unternehmer.

Noch sind sie aber nicht allmächtig. Ein paar Wörtchen hat die betroffene Arbeiterschaft auch noch mitzureden. Was die Verhandlungskommission nicht erreichen konnte, muß die Kollegenschaft durch ihre festgesetzte Geschlossenheit zu erringen versuchen. Sie muß sich nun schlüssig werden, was die örtlichen Verhältnisse gestatten und was innerhalb des Gesamtrahmens möglich ist. Nach diesen Umständen wird die Leitung Anweisungen geben. Auf keinen Fall dürfen sich die Kollegen und Kolleginnen durch Drohungen einschüchtern lassen. Mit tühler Ruhe und Besonnenheit muß der Gang der Dinge verfolgt und danach gehandelt werden. Unüberlegtes Handeln kann für die Gesamtorganisation schädlich wirken. Wenn die schon hinausgegebenen Richtlinien der Verbandsleitung befolgt werden, können wir gewiß sein, daß sich die drohenden Gewitterwolken über unserer Industrie zugunsten der Arbeiterschaft verziehen werden.

Wir haben ein Recht, zu fordern!  
Mitglieder, die gegenwärtige Lage ist ein Warnungssignal. Sichert Euch Eure Rechte mit der gewissenhaften Erfüllung Eurer selbstgegebenen Pflichten!

### Doktorvorschläge für die Unternehmerseite.

Die „Keramische Rundschau“ bringt einen Artikel von Dr. Hermann Meißinger über: „Stellung der Lohnabtarife“. Die Ueberschrift besagt eigentlich nicht die Grundtendenz der Ausführungen. Diese läuft vielmehr darauf hinaus, den Nachweis zu liefern, daß die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu hohe Löhne bekämen. Die Unternehmer möchten in dieser Hinsicht zurückhalten sein und nicht mehr so viel bezahlen. Daß es so weit gekommen sei, daran sei die Dampfwalze der Gleichmacherei unter dem besonderen Namen Tarifvertrag schuld. Wörtlich steht geschrieben: „Man wird im Tarifvertrag immer nur ein notwendiges Uebel erblicken können, das hier mehr, dort weniger wirtschaftsstörend empfunden wird, in der Gesamtwirkung aber immer, wie jede Masseneinrichtung, den Verantwortlichkeitskreis hemmt.“ Der Schreiber dieses Satzes kann unmöglich praktische Erfahrungen mit der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben, sonst könnte er nicht zu so einer — gelinde gesagt — unheimlichen Behauptung kommen, daß der Tarifvertrag an sich als wirtschaftsstörend empfunden werde. Das Gegenteil ist richtig. Diese Auffassung wird zum Glück auch von den maßgebenden industriellen Kreisen der Keramindustrie anerkannt und wir glauben mit gutem Gewissen sagen zu können, daß daran die Ausführungen des Dr. Meißinger auch nichts ändern werden. Der Verfasser gibt damit nur zu erkennen, daß er weder etwas von der Gerechtigkeit und Freiheit im revolutionären und proletarischen Sinne, noch weniger vom Wesen des Tarifvertrages und seinen guten Wirkungen auf das Wirtschaftsleben versteht.

In der gleichen Weise müssen die Auslassungen über die Löhne der Jugendlichen gewertet werden, weil sich der Schreiber dabei auch auf die Märchen aus der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ beruft, da aber dort hätten Jugendliche Zwangsarbeit leisten unter das Volk geworfen oder ihre Papiertetten mit Zwangsarbeiterscheinen als Fiskus angehängt. Den Beweis für diese Angaben hat noch kein Mensch liefern können, aber selbst ein Doktor bezieht sich in einer wissenschaftlichen Abhandlung dieser unhaltbaren Mittel.

Neben diesen Unsachlichkeiten bringt Dr. Meißinger auch statistisch erhaltene Zahlenbeweise, die im Tarifarchiv der Vereinigung (Welcher ist nicht gesagt. D. R.) nach Lohnabtarifverträgen zusammengestellt seien. Sie gelten vom Juli bis Oktober 1922 und verhalten sich bei 14-jährigen zum Lohn des erwachsenen Betriebsarbeiters = 100 wie:

	Juli	August	Sept.	Okt.
Bergbau	42	40	40	40
Metallindustrie	33	33	32	32
Leberindustrie	42	43	43	43
Chemische Industrie	34	35	34	34
Papierindustrie	34	36	36	36
Industrie der Steine und Erden*)	37	36	37	37
Lohnspanne der 16jährigen:				
Bergbau	60	58	57	56
Metallindustrie	44	45	44	46
Leberindustrie	53	54	53	53
Chemische Industrie	51	52	51	51
Industrie der Steine und Erden*)	62	59	59	59
Lohnspanne der 18jährigen:				
Bergbau	72	72	71	71
Metallindustrie	60	63	60	59
Leberindustrie	62	62	63	63
Chemische Industrie	75	74	76	77
Industrie der Steine und Erden*)	74	73	73	74

Aus dieser Aufstellung läßt sich mit aller Deutlichkeit erkennen, welche einträgliche Profitquelle die Beschäftigung von Jugendlichen darstellt. Darum geht das Bestreben der Industrie, wie der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Handels dahin, möglichst viele Jugendlichen zu beschäftigen.

Dr. Meißinger schreibt noch dazu, daß von den Arbeitgeberverbänden verlangt werden müsse, dieser Entwicklung der Dinge viel größere Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. Die Aufforderung des Autors geht dann darauf hinaus, die Löhne von den Altersstufen von 25 oder 24 Jahren abwärts zu stufen, um den Lohn nach sozialen Gesichtspunkten beweglicher zu gestalten. Die Drohverhöhnung zwingt geradezu zu einer weiteren Betonung des Soziallohnes. Gewiß sei aber, daß das jetzt schon zum Ueberlaufen angefüllte Lohnkonto der deutschen Wirtschaft eine Be-

\*) Dazu werden auch die Keramarbeiter gezählt.



...männlich gezahlt werden. Der während vergangener Arbeitsverhältnisse nicht aber nachgewiesen werden und tut daher jeder Zeuge gut, wenn er sich seinen Stundenverdienst vom Arbeitgeber beschreiben lässt.

An Sachverständige kann für Arbeits- und Zeitverhältnis 1500 Mk., und bei besonders schwierigen Leistungen bis 2000 Mk. für die Stunde gezahlt werden.

Als Reiseentschädigung dürfte bisher bis zu 2 Mk. pro Kilometer Hin- und Rückfahrt gezahlt werden. Nach der Neuordnung darf bis zu 10 Mk. pro angefahrenen Kilometer der Hin- und Rückfahrt gezahlt werden. Scheinbar besteht recht wenig Fühlung zwischen dem Justiz- und Verkehrsministerium; denn sonst dürfte es eigentlich dem Justizminister bekannt sein, dass die Fahrt in der 4. Wagenklasse ab 1. März 1923 bereits 2 Mk. pro Kilometer kostet. Es wird also hier ganz besonders recht baldige weitere Erhöhung notwendig sein.

Außer Arbeitsverhältnis und Reisegeld erhält der Zeuge Sachverständige noch eine Aufwandsentschädigung. Die Sachverständige darf aber in den Orten, die zu den besonders ferneren Orten im Sinne der Reisekostenverordnung für Reichsbeamte vom 14. Oktober 1921 gehören, den Betrag von 4000 Mk. in allen übrigen Orten den Betrag von 3000 Mk. für den Tag nicht übersteigen.

Die Gebühren an Zeugen und Sachverständige werden nur auf Verlangen gewährt.

H. Feldmann, Neubalderleben.

die Universitätsbibliothek. Das mit dem schwarzen Stuppelärmchen des Volkshauses, meine Herrschaften, vernahm ich aus dem Redestrom des führenden Mannes. Bei dem letzten Satz vom Volkshaus sah ich gerade, wie der dollarschwere Amerikaner, der bisher mit offenem Munde ins Leere gestarrt hatte, den Mund aufgabte. Ob sich der Mann etwas bei dem Namen Volkshaus gedacht hat? Ich war stolz darauf, daß es unter den bedeutendsten öffentlichen Gebäuden Leipzigs mit geehrt und aufgeführt wurde. Es ist es wert; nur sollte es noch einen weithin glänzenden roten Kuppelturm als Symbol tragen. Wußt das nicht eine gute und zugleich eide Bewegung sein, wenn schon nach der Entwicklungszeit eines Menschenalters die Städte des organisierten, nach Anerkennung ringenden Arbeitervolkes als Sehenswürdigkeit der alten Reichstadt gezeigt wird? Arbeitsvoll, sei stolz darauf!

Gut abgelesen. Das finanzielle Ergebnis der Deutschen Gewerbechau in München, bei der der Keramik eine große Rolle eingeräumt war, ist erfreulich. Durch den Verkauf von Utensilien konnten über 38 Mill. Mk. gelöst werden. Die Gesamteinnahmen betragen rund 88 Mill. Mk., denen 70 Mill. Mk. als Ausgaben gegenüberstehen. Nach Abzug aller Unkosten werden rund 15 Mill. Mk. Ueberschuß verbleiben, der zu einer Stiftung zur Förderung des Kunsthandwerks verwendet wird.

Abholungsbeamten, besonders vom Ausland (Stalins), wegen Balutentwicklung bis Februar erschwert oder ganz aufhört. Verteuerung der Erzeugung durch Auslandsstahl und Auslandsstahl, sowie durch Lohn- und Frachterhöhungen usw. (Beizel Hüttenwerk). — (Zweige der keramischen Industrie.) Porzellan-gebrauchsgeschäft: Gute Beschäftigung, teilweise aber nur geringe neue Aufträge. Für feines Gebrauchsgeschäft und Luxusporzellan Nachfrage stark zurückgegangen; ebensowenig Nachfrage nach elektrotechnischem Porzellan (Materialverhältnisse hier gut, keine Arbeitszeitkürzungen, aber Arbeiterangebot). — Steingutfabriken: Für Hausbedarf gut beschäftigt, im übrigen aber nicht einheitslich. — Für Ton- und Steinzeugwaren nach Berichten aus Provinz, Sachsen wenig Nachfrage (zeitweise Wagenmangel), Kurzarbeit im Bezirk Regensburg.

### Aus unserem Beruf.

**Porto sparen!** Neben dem Bezahlen von Strafpforto wegen ungenügender Freimachung von Briefen und Karten läßt sich beim Einkauf der Nachrichten immer noch die Postleistung machen, daß ein Teil unserer korrespondierenden Kollegen nicht sparsam genug ist; sonst dürfte es nicht vorkommen, daß beim Schicken einer übrigens gar nicht eiligen Erteltelegramme ein Brief gesandt wird, der 100 Mk. Porto kostet und bei dem ein Briefumschlag verwendet wird, der allein bei der Wiederbeschaffung nach dem jetzigen Preis 50 bis 60 Mk. kostet. Auch sonst kommt es nicht etwa selten vor, daß belanglose Nachrichten mit 5 bis 6 Heilen Umfang mittels Brief verschickt werden. Das ist bei den heutigen Papier- und Postpreisen Verschwendung, die nicht sein muß. Die paar Heilen werden genügen, Säumige etwas zu ermahnen.

**Einem Herzschlag erlegen.** Herr Direktor Georg Faust ist plötzlich am 8. März infolge Herzschlags verstorben. Er war Vorstandsmittglied der Porzellanfabrik Tielisch & Co., A.-G. in Altwasser, und der Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther in Hohenberg a. d. Eger und langjähriger Direktor bei Tielisch. Die Arbeitgeber verlieren in dem dahingegangenen einen tüchtigen Vertreter.

### Berichtungsberichte.

**Karlsruhe.** Die Rahststelle Karlsruhe des Verb. der Porzellanarbeiter verlangt, daß zu dem Aufruf der Betriebsräte von Rheinland und Westfalen für eine internationale Konferenz nach Köln vom ADGB Stellung genommen wird und Delegierte entsendet werden. Die Rahststelle, die durch die Verlegung des Karlsruher Rheinhafens die Wirkungen einer macht- und raublisternen Politik mit eigenem Leibe verspürt, betrachtet es als einen unhaltbaren Zustand, daß sich die proletarischen Organisationen unbewußt mit Mißtrauen begegnen und so ihre besten Kräfte selbst lahmlegen. Sie fordert daher, daß der Hauptvorstand sich energisch beim ADGB dafür einsetzt, daß jede Gelegenheit ergriffen wird, um in gemeinsamen Verhandlungen zu event. nötig werdenden Aktionen Stellung zu nehmen. Sie tut es im Vertrauen darauf, daß alle anderen Rahststellen ähnliche Willensäußerungen zum Ausdruck bringen oder in Zukunft diesem Beispiel folgen werden. — (Wie sich die freien Gewerkschaften dazu stellen, ist aus der Anweisung der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB und des NW-Bundes zu ersehen. Darin heißt es: „Am 11. März 1923 soll ein Betriebsrätekonferenz für Rheinland und Westfalen“ beginnen und am 18. März 1923 soll eine „Internationale Konferenz“ abgehalten werden. Beide Veranstaltungen sind von einem sogenannten 2er-Ausschuß der Betriebsräte von Rheinland-Westfalen eingeleitet worden. Mittels Mundschreibens hat man zu der internationalen Konferenz sämtliche Körperschaften der ganzen Welt eingeladen, die überhaupt namentlich zu ermitteln waren. Außer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Lebhour-Gruppe) scheinen sich nur kommunistische Organisationen an diesen Veranstaltungen beteiligen zu wollen. Die freien Gewerkschaften haben hiermit nichts zu tun.“)

**Mabendorf.** Der Rahststellensammlung am 5. März lag eine reichhaltige Tagesordnung zur Erledigung vor. Es statteten die beauftragten Kollegen Berichte von den Sitzungen der Betriebsräte, des Gewerkschaftsstatells und der Krankenkasse. Unter anderem kam auch die Bildung des proletarischen Selbstschutzes zur Sprache. Die Vorgänge, die sich in München abgespielt haben, zeigen wiederum dem Proletariat den Weg, den es zu gehen hat, um nicht letzten Endes der Morbilität der Faschisten zum Opfer zu fallen, deren Drohung: „An die Laternen mit dem Novemberverbrechener“ jeden einzelnen aufpassen muß, seine bisherige Gleichgültigkeit abzustreifen. Von diesem Gesichtspunkte ließen sich auch die Anwesenden leiten und halten die Formulierung des proletarischen Selbstschutzes gegen die Faschistengefahr für unbedingt notwendig; beschließen erwarteten sie vom ADGB weitgehendste Unterstützung. In der weiteren Angelegenheit erhebt die Verammlung scharfen Protest gegen das provozierende Verhalten des Dr. Warkke, der bei Tarifverhandlungen immer wieder versucht, die Arbeiterschaft zu verdammen. Zu wiederholten Malen hat er sich nicht geniert, die berechtigten Forderungen unserer Tarifkommission zu sabotieren, weil seiner Meinung nach die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu günstig sind, daß ein Lohnaufschlag nicht nötig ist. Herr Dr. Warkke scheint sich der traurigen Lage innerhalb der Arbeiterschaft nicht bewußt zu sein. Jedenfalls legt die Verammlung ganz energisch Vernehmlich ein gegen derartige höhnische Entgegnungen und ist überzeugt, daß kurz oder lang diese herausfordernden Zumutungen an der Entschlossenheit der gesamten Porzellanarbeiter zerfallen werden. Sodann wird noch angefordert, der Entnahme der Baumarten nachzukommen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

**Koblenz.** Die Rahststellensammlung am 4. März hatte einen sehr guten Verlauf aufzuweisen. Ueber das letzte Lohnabkommen wurde zum Ausdruck gebracht, daß es sich noch lange nicht den Verhältnissen anpaßt. Wohl ist der Dollar gefallen, aber von einem Preisabfall der Lebensmittel ist noch nichts zu spüren. Von vielen Kollegen wurde das Verhalten der Arbeitgeber bei den Lohnverhandlungen scharf mißbilligt, wobei auch zum Ausdruck kam, daß sich die Unternehmer ihre Ware nach dem Goldwert bezahlen ließen, aber den Arbeitern keine Goldlöhne gewährten. Darauf wurde Bericht von der Betriebsrätekonferenz des Rahl-Schomburg-Konzerns gegeben. Alle Kollegen und Kollegen waren der Auffassung, daß die Konferenzen zum großen Nutzen für die Beteiligten seien. Unter Verbands- und Betriebsangelegenheiten wurden vom Vorsitzenden die Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, vom Unterkassierer Baumgarten zu entnehmen. Des weiteren wurde ein Antrag gestellt und angenommen, den Hauptvorstand und Beirat aufzufordern, die Karenzzeit für Erwerbs- und Unterstützung auf vier, höchstens sechs Wochen festzusetzen, da durch die Geldentwertung die Unterstützung so niedrig sei, daß sie als solche gar nicht mehr angesprochen werden könne. Nach Erledigung einiger betrieblicher Angelegenheiten fand die Verammlung ihr Ende.

**Schney.** In der am 27. Februar stattgefundenen Rahststellensammlung war auch unser Kollege Dalibor aus Koburg (Vertreter des Bauleiters Bredow) anwesend. Er sprach über Gewerkschafts- und Organisationsfragen sowie das Beitragswesen. Seine Ausführungen waren sehr lehrreich. Beschlossen wurde, eine Sammlung für die Ruhrhilfe zu veranstalten. Die Verammlung erwartet, daß die Gelder an die richtige Adresse abgeschickt werden und nicht etwa für nationalistische Zwecke Verwendung finden. Unter „Verschiedenes“ kam der Beschluß zu Stande, für unsere schon länger erkrankten Kollegen am Ort eine Sammlung zu veranstalten. Weiter wurde beschlossen, bei

### Herabsetzung der Hausbrandkosten.

Nach einem Bericht über seine Arbeiten auf dem Gebiete der Brennstoffausnutzung in häuslichen Feuerstätten, den der Reichstohlenrat soeben herausgegeben hat, beträgt der Gesamtverbrauch der allein in öffentlichen Gebäuden und Anstalten jährlich verfeuerten Hausbrandbrennstoffe nach den gegenwärtigen Preisen rund 600 Milliarden Mark!

Der Reichstohlenrat hat sich nicht darauf beschränkt, die Brennstoffpreise, widerstrebend und der Geldentwertung folgend, heraufzusetzen, um den Kohlenbergbau, die Grundlage unserer gesamten Wirtschaft, leistungsfähig zu erhalten; derselbe Reichstohlenrat hat auch alles in seiner Macht stehende getan, um jedem einzelnen und jeder Körperschaft die Wege zu weisen, mit so wenig Brennstoffen auszukommen wie möglich und dadurch die Heizkosten sehr stark zu verringern.

Es handelt sich hauptsächlich darum, die vorhandenen Heiz- und Kochanlagen, so unvorteilhaft sie auch sein mögen, so zu behandeln, daß sie mit wenigen Brennstoffen die gleiche Wärme, ja mehr Wärme als bisher ausbar abgeben. Brennstoffsparsamkeit kann man sich nicht kaufen, sondern man muß sie lernen und üben, gerade so wie die besten Ärzte einem die Gesundheit nicht verleihen können, wenn man nicht selbst gesundheitsgemäß lebt.

Der Hausbrandausschuß des Reichstohlenrats hat einen wirksamen Weg eingeschlagen: sein Bericht erwähnt es allen den vielen, die noch gar nicht wissen, wo und wieviel Persönlichkeiten und Ausführmöglichkeiten in den heiztechnischen Fragen zur Verfügung stehen, sich ihrer ohne weiteres zu bedienen; neben einer knappen allgemeinen Uebersicht über die erstaunlich zahlreichen Arbeiten auf diesem Gebiet stellt der Bericht einen Wegweiser zur unmittelbaren Fühlungnahme mit den heiztechnischen Organisationen dar, deren genaue Adressen in einem besonderen Verzeichnis zusammengestellt sind.

Ganz besonders wichtig aber ist die eindringliche Mahnung, die in dem Bericht an alle Behörden gerichtet wird, die berühmten deutschen „Zuständigkeitsfragen“ auszuschalten und von selbst ab überfall die Sachverständigen zur ständigen Ueberwachung des Heizbetriebes unserer öffentlichen Gebäude und Anstalten der Weise hinzuzuziehen, wie es bei einigen Reichsbehörden und in einigen Städten und Provinzen schon jetzt geschieht: „Heiztechniker an die Front!“ Vor allem die Abgeordneten der Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesvertretungen müssen darauf halten, daß die vielfach ganz unverantwortliche Vergewaltigung öffentlicher Gelder durch nachlässigen Heizbetrieb aufhört. Wie wir hören, wird der Bericht des Reichstohlenrats allen örtlichen und bezirklichen Verwaltungsbehörden zugehen. Wir müssen im Interesse unserer Volksgemeinschaft dringend fordern, daß er beherzigt wird. Der Bericht ist für jedermann bei der Geschäftsstelle des Reichstohlenrats, Berlin W. 62, Wichmannstraße 19, gegen Einsendung von 300.- Mk., für Körperschaften kostenfrei erhältlich.

### Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften Ungarns. Die Gewerkschaften Ungarns hatten im Jahre 1922 202 956 Mitglieder. Es erschienen 32 Fachblätter in einer Gesamtauflage von 245 600 Exemplaren. Der ungarische Gewerkschaftsrat besteht in diesem Jahre 25 Jahre. Am 25. März tagt der 7. Gewerkschaftskongress.

### Bermischtes.

Seineu Posten niedergelegt. Der Redakteur der „Beitriebszeitung“ des ADGB und des NW-Bundes, Dr. A. Striemer, hat sein Amt niedergelegt. Gründe dazu waren, daß er die sozialistische Auffassung in vielen Punkten für überwinden hielt und damit auch in starken Gegensatz zu den Preisen kam, die ihn persönlich der Lauterkeit seiner Gesinnung, des Freiheits seiner Ueberzeugung und der Ehrlichkeit seines Willens halber zu schätzen wußten, bemerkt der „Vorwärts“ dazu. Als Nachfolger wurde Genosse Clemens R. Wörpel bestimmt. — Wie die Auffassung Dr. Striemers war, läßt eine Auslassung in der Nr. 2 der „Betriebszeitung“ erkennen. Er schrieb darin: „In einer Lage, wie sie in Deutschland besteht, ist der Schlachtruf zum „Klassenkampf“ Wahnsinn; denn die ihn fordern, vermissen selbst an die Stelle des Bestehenden nichts anderes, b. v. Besseres zu stellen. Helfen kann uns nur die Stärke in der Arbeitsgemeinschaft, um dort die Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten.“ Mit dieser und auch noch anderen Auffassungen mußte Dr. Striemer den Widerspruch fast der gesamten freigeordneten Arbeiterschaft auslösen; denn sie ab falsch. Unter gesellschaftliches Leben und gerade unsere gegenwärtige Zeit zeigen uns, daß sich die Klassenkämpfe mit Hilfe jender Gewalt abspielen; sie müssen sogar ausgeglichen werden, weil sie den Entwicklungsengang der menschlichen Gesellschaft bebingen und Zweck zu gestalten haben. Die notwendige sozialistische Wirtschaft mit ihren Begleiterscheinungen wird nur durch Klassenkampf in seinen verschiedensten Formen zu erreichen sein. Wer das nicht zu erkennen vermag, kann auch nicht an so hervorragender Stelle unter Sozialisten wirken. Der Arbeitsgemeinschaft darf nicht der Sozialismus gepredigt werden.

85 000 Mk. für ein Bausparmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgte vom 1. März an bis auf weiteres unverändert zum Preise von 1000 Mk. für ein Bausparmarkstück, 42 500 Mk. für ein Bausparmarkstück. Für auswärts lebende Wohnstätten werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsbanknoten durch die Reichsbank und Post steigt bis zu weiteres unverändert zum Nennwert. Das Leipziger Volkshaus. Meiz. Reiseweg führte mich über Leipzig. Da ich noch Zeit hatte, beschloß ich, mir die Sehenswürdigkeiten der Stadt zu betrachten, wozu auch der Besuch des Völkerschlachtdenkmal gehörte. Als die nötige Anzahl Besucher zusammen war, ging's unter Führung nach oben. Dort angekommen, begann der Führer mit seinen Erklärungen, um zuletzt die sichbaren höchsten Punkte und Türme im Stadtbild zu zeigen. „In der Richtung meines Armes liegt der Hauptbahnhof; links davon sieht Sie das Rathaus, das Reichsgericht,

### Frühlings Erwachen.

Unter den Büschen, unter den Hecken gab es ein Lockern, Sichheben und Strecken, Keime trieben und Säfte stiegen — Wind kam, die schwanken Zweige zu wiegen — alles in einer linden Nacht: Lenz war erwacht . . .

Doch als er Umschau hielt im Gelände, wo er am ehesten Gaben spende, kam ihm die Welt so verändert vor: Nirgends mehr helle, lachende Lichter, überall ernste und bleiche Gesichter, daß ihm das Herz im Leibe stot . . .

Täcke fauchte und Mißgunst und Hassent! War denn die Welt ganz von Liebe verlassen und von hunger und Elend bedroht? Wucher vergiftete alle Quellen, und vor den Türen und auf den Schwellen hochte grinsend Gevatter Tod . . .

Ja, die Welt ward ein Reich der Täcke! Und der Frühling verhält die Blicke, machtlos ihm all sein Wollen ersicht! Doch wo er hintrat mit roßigen Füßen, sah man dennoch die Blumen spritzen und die kahle Erde ward grün!

Und es hörten die Sonnenstrahlen nicht auf, goldige Kringel zu malen: Alles ward wieder Glanz und Pracht! Und dem Elend, so schwer es auch drückte, ward von neuem der Lichtumsätze, freudenspendende Lenz erwacht! L. L.

### Entwicklung des Lohnanteils am Warenpreis.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Das in den nächsten Tagen erscheinende erste Heft des 2. Jahrgangs der Vierteljahresschrift „Die Wirtschaftstheorie und Praxis“ enthält eine Preisstudie, deren Lösung für viele Kreise der Wissenschaft und der Praxis großes Interesse haben wird. Das Problem, das eine exakte wirtschaftsstatistische Bearbeitung erfahren soll, ist „die Entwicklung des Anteils der Löhne am Preise der Produkte“. An Hand exakter Zahlenmaterialien soll die Bewegung des Anteils der Löhne und Gehälter an den Verkaufspreisen von Waren, die von typischer Bedeutung sind, von der Vorkriegszeit bis zur Gegenwart festgestellt werden. Es werden Preise im Gesamtwert von 600 000 Mk. für die besten Lösungen der Aufgabe ausgesetzt, und zwar ein erster Preis von 250 000 Mk., ein zweiter Preis von 130 000 Mk., zwei dritte Preise von je 60 000 Mk. und Trostpreise im Gesamtwert von 100 000 Mk. In Anbetracht der starken Schwankungen des Geldwerts bleibt eine Erhöhung der Preise vorbehalten. Die Preisarbeiten sind bis zum 30. Mai d. J. einzureichen. Alle näheren Bedingungen sind aus dem Heft 1 der „Wirtschaftstheorie“ (Frankfurter Societäts-Druckerei, G. m. b. H., Abteilungs Buchverlag, Frankfurt a. M.) zu ersehen.

**Beruf und Zahnkrankheiten.** In welcher erschreckender Weise der Beruf auf die Gesundheit der Zähne einwirkt, zeigen uns Feststellungen, die an Nürnberger Lebluchen- und Bänderwarenarbeitern gemacht worden sind. Danach hat dem Zentralblatt für Gewerbehygiene zufolge ein männlicher Arbeiter bei einem Durchschnittsalter von 23 Jahren und bei einem Durchschnittsalter von 43 Jahren nur noch 6 statt 12 Vorderzähne, von denen nur 2 gesund sind. Und bei den Frauen ist der Befund trotz geringeren Durchschnittsalters und trotz geringeren Lebensalters noch schlechter. Mit Recht wird deshalb die Forderung nach Spezial-Gewerbeärzten erhoben.

### Von der Keramikindustrie.

**100 Proz. Dividende.** Die Steingutfabrik Max Roesler, A.-G., Kobach b. Coburg, wird auf Antrag 100 Prozent Dividende verteilen gegen 20 im Jahre 1921, desgleichen eine Kapitalerhöhung von 3 auf 4 Mill. Mk. vornehmen, die zur Angliederung der Möbel- und Holzwarenfabrik Ludwig Garbit in Duisburghausen dienen soll. Die Möbel- und Holzwarenfabrik stellt die Krüchennöbel her, die mit den Steingutfachengeräten der Firma Roesler zum Verkauf hergestellt werden.

**Goldmark Gewinnausschüttung.** Die Porzellanfabrik Gebr. Kühnlenz, A.-G., Kronach, wird für 1922 eine Dividende von 1/2 Goldmark oder 125 Proz. Papiermark den Aktionären in Vorschlag bringen.

**Allgemeine Lage und Beschäftigungsgrad.** Die Beschäftigung ist noch verhältnismäßig gut, besonders in den Meißener Porzellan- und Steinfabriken (Landesarbeitsamt Anfang März). In der oberfränkischen Porzellanindustrie starke rückläufige Konjunktur (Handelskammer Bayreuth), so daß mangels Aufträgen bereits Produktionsbeschränkungen. Durch Abschmürung des Ruhr- und Rheingebietes Ablieferung zahlreicher Inlandsaufträge unterbunden. Verkaufspreise außerdem zu hoch, daß der Kreis der deutschen Abnehmer immer kleiner wird (Steingut und irdene Waren immer mehr bevorzugt). Ausfuhrgeschäft schleppend, da der Preis für deutsches Porzellan die Weltmarktpreise vielfach schon erreicht hat (insolge des Tiefstandes des Frankens Konkurrenz Frankreichs in Holland und Schweiz). Gefordert wird Beseitigung der Ausfuhrabgabe. Zunehmende Arbeitslosigkeit befürchtet, wenn Abnahmeverhältnisse sich nicht bessern. — (Wirtschaftsbedingungen.) Teilweise Kohlenmangel,

